

Dezember 2012

Armee финанzen:

Wollen wir uns wirklich noch weniger Sicherheit leisten?



Inhalt

Vorwort	3
1. Militärausgaben – eine notwendige «Versicherungsprämie»	4
1.1 Trends weltweit	4
1.2 Die Schweiz als Schlusslicht	5
2. Finanzielle Aushungerung der Schweizer Armee	7
2.1 Gegenfinanzierung der Wachstumsbereiche	7
2.2 Dauernde Unterfinanzierung mit gravierenden Folgen	9
2.3 Tiefere Bereitschaft, tieferes Technologieniveau, weniger Sicherheit	10
2.4 Fähigkeitslücken bedrohen unsere Sicherheit	11
3. Schlussfolgerungen: Die Politik ist verpflichtet zu handeln!	12

Vorwort

Anfang November stellten sich die Sicherheitskommissionen beider Räte gegen den Bundesrat. Dieser missachtet einen klaren Entscheid des Parlaments aus dem vorigen Jahr: Der Ausgabenplafond für die Armee soll gemäss Bundesversammlung 5 Milliarden Franken pro Jahr betragen, der Bundesrat hingegen will, Flugzeugbeschaffung inklusive, jährlich nur 4,7 Milliarden Franken bereitstellen. Die Sicherheitskommission des Nationalrats beurteilte die Vorgehensweise der ausführenden Behörde Bundesrat zu Recht als «nicht akzeptabel».¹

Die SIK-N hatte den Bundesrat bereits im September beauftragt, den jährlichen Ausgabenplafond der Armee auf 5 Milliarden Franken festzusetzen, genauso wie es das Parlament im Herbst 2011 beschlossen hatte.

Damit geht das Hin und Her zwischen Bundesrat und Parlament in Bezug auf die Armeefinanzierung in eine neue Runde. Die ständig wechselnden Finanzplanungsparameter verbreiten Konfusion, verhindern eine stabile Armeeplanung und damit die dringend notwendige Konsolidierung.

Vor diesem Hintergrund gilt es in Erinnerung zu rufen, dass die Armee seit mittlerweile zwei Jahrzehnten unablässig finanziell geschröpft wurde. Damit einher ging eine weitreichende Aushöhlung ihrer Fähigkeiten, wobei aber das Aufgabenportfolio bestehen blieb.

Es ist Zeit, dass die staatsleitenden Behörden sich klar zur Sicherheit des Landes bekennen und einen für die Erfüllung der der Armee übertragenen Aufgaben ausreichenden Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken fixieren. Der VSWW fordert seit über zehn Jahren aufgrund diverser Analysen einen Finanzrahmen von rund 5 Milliarden Franken jährlich. Denn klar ist, dass die Aufgaben der Armee auf Basis der Verfassung und der Sicherheitspolitik die gleichen bleiben und es auch in absehbarer Zukunft sein werden. Die Politik ist nun angehalten, die entsprechenden Ressourcen zu sprechen und durchzusetzen.

Dr. Günter Heuberger, Präsident



¹ Vgl. NZZ 07.11.12.

1 Militärausgaben – eine notwendige «Versicherungsprämie»

1.1 Trends weltweit

Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrtausends gingen die Verteidigungsausgaben als Folge des Zusammenbruchs des Ostblocks weltweit real (d.h. inflationsbereinigt) um rund einen Drittel zurück. Den grössten Rückgang verzeichnete, den Umständen entsprechend, Russland; aber auch in den USA, in Lateinamerika und Afrika erfolgten grosse Einschnitte in den Rüstungsbudgets im Rahmen der sogenannten «Friedensdividende».

Der allgemeine Trend zum Rückgang der Verteidigungsausgaben war vorübergehender Natur und wurde bereits Mitte der 1990er-Jahre gebremst.



Seit der Jahrtausendwende, so zeigen die Daten des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), leiteten dann die USA und kurz darauf auch Russland sowie zunehmend China eine neuerliche deutliche Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben ein. Der Hintergrund dieser Entwicklung ist klar: Hoffnungen auf eine friedlichere Welt nach dem Ende des Wettrüstens der Supermächte bestanden nur vorübergehend.

Bald wurde deutlich, dass die Bipolarität des Kalten Krieges rasch zu einer Multipolarität mit vielen regionalen Konflikten mutierte. Das beste Beispiel dafür sind die Kriege auf dem Balkan, als ein gewaltsam zusammengekitteter Verbund verschiedener Ethnien zu einem Pulverfass wurde. Es folgte der Kampf gegen Terrorismus mit den darauffolgenden Stabilisierungseinsätzen, die Kriege im Nahen Osten und die Konflikte im Umfeld des sogenannten «Arabischen Frühlings» mit den Interventionen der UNO, der USA und der NATO. Insgesamt wurde für alle deutlich, dass mit dem Untergang der Sowjetunion keinesfalls ein «Zeitalter des Weltfriedens» begonnen hatte.

Im Zuge der zunehmenden Technologisierung des bewaffneten Konflikts und der diese begleitenden Verteuerung von Material, Munition und Ausbildung wurde tendenziell ein Grossteil der Armeen kleiner. Die Anforderungen an deren Fähigkeiten hingegen wurden und werden immer anspruchsvoller. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen auf dem Balkan, in den Irakkriegen, seit 2001 in Afghanistan und 2011 in Libyen wird seit mehreren Jahren kaum noch von Abrüstung im grossen Stil gesprochen, im Gegenteil: Es erfolgt eine Modernisierung der Armeen mit allen materiellen Konsequenzen. Vor diesem Hintergrund bemerkenswert sind die drastischen Aufrüstungen der Golfstaaten, Indiens, Brasiliens, Chinas und der südostasiatischen Länder.

Die vor allem im alten Europa begrenzten finanziellen Ressourcen charakterisieren heute die Möglichkeiten von Politik, Wirtschaft und Militär gleichermaßen. Moderne Streitkräfte sehen sich mit der Forderung nach einem effizienten Ressourceneinsatz konfrontiert. Insgesamt ist das aber ein primär auf Europa konzentriertes Phänomen – global wächst der Bedarf an Investitionen in die Instrumente der Sicherheitspolitik.

1.2 Die Schweiz als Schlusslicht

Die Chancen und Risiken, die sich aus den bereits beschriebenen weltgeschichtlichen Entwicklungen ergeben, sind für Mitteleuropa schwer vorhersehbar. Das war aber über die allermeisten Phasen der Geschichte im Grundsatz nicht anders. Die Sicherheitspolitik hat mit Blick auf alle Eventualitäten und mit entsprechender Ausgestaltung ihrer Mittel das Erreichen der verfassungsmässigen Ziele sicherzustellen. Eine schleichende Neuausrichtung der Sicherheitspolitik mit allfälliger Gefährdung der Aufgabenerfüllung alleine aufgrund knapper Finanzmittel wäre nicht akzeptabel. Genau das passiert aber in der Schweiz seit Jahren: Das Aufgabenportfolio zur Erfüllung der Verfassungsaufgaben wird formell und auf dem Papier beibehalten, die dafür gesprochenen Mittel werden

immer weniger. Dies ist nicht nur sicherheitspolitisch, sondern vor allem militärisch liederlich. So schrieb der Militärpublizist Dominique Brunner² 2003: «Die Aufgabe dieser [Sicherheits-] Politik ist es, die schweizerische Verteidigungsfähigkeit zu garantieren. Diese ist namentlich aus finanziellen Gründen zurzeit gefährdet. Man kann nicht [...] Jahre lang flotte Erklärungen abgeben, das werde nun ändern, und hinterher nochmals beim einzigen Aufgabenbereich des Bundes, der gespart hat, die Sparschraube anziehen, ohne seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.»

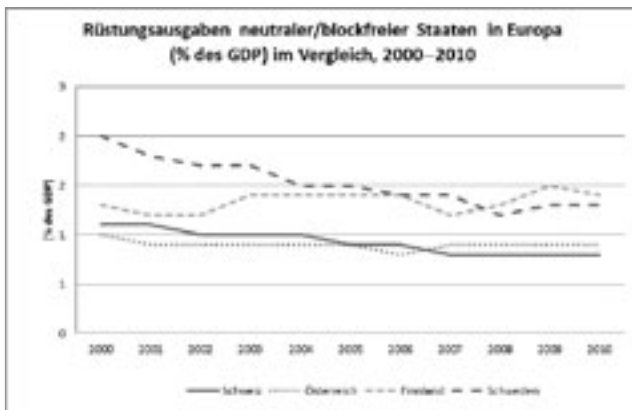
Ein Blick auf vergleichbare blockfreie europäische Staaten zeigt, welch geringen Prozentsatz am Bruttonationaleinkommen (engl. Gross National Product, GNP) die Schweiz mittlerweile für ihre Armee im Vergleich zu anderen westlichen Staaten noch aufwen-



Das Schicksal unvorbereiteter und unterfinanzierter Armeen: Belgische Soldaten ergeben sich der deutschen Wehrmacht, 1940. (Quelle: National Army Museum, Grossbritannien)

2 Brunner Dominique, Nach dem Irakkrieg: Rückkehr zu unseren schweizerischen Problemen!, in: Schweizer Soldat, September 2003.

det. Seit der Jahrtausendwende sank der für die Armee aufgewendete Anteil am (Bruttonationaleinkommen) hierzulande auf gerade noch 0,8%; mittlerweile wendet sogar das sicherheitspolitisch mässig ambitionierte Nachbarland Österreich vergleichsweise mehr Mittel auf, nämlich 0,9% des (BIP); grössere Länder stehen bei um 2% oder mehr.



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database 2012

Im reichsten Land Europas denkt also der Bundesrat daran, die Ausgaben für die Armee weiter zu senken. Das passt zum anpasserischen Bild, das die Schweizer Exekutive in verschiedenen Belangen der nationalen Interessenwahrung seit einigen Jahren abgibt. Damit steht der Bundesrat mittlerweile, wie die Studie «Sicherheit 2012»³ zeigt, auch gegen eine Mehrheit der Bevölkerung, welche sich eine gut ausgerüstete Armee wünscht.

Es ist so: Auch jede Feuerwehr muss letztlich auf ein grösstmögliches Ereignis in der Region ausgerichtet sein, auch wenn dieses nur selten oder nie eintritt. Denn für die wahrscheinlichsten Einsätze – gegen Wespennester, zur Leerung mit Wasser gefüllter Keller oder zum Löschen von Küchenbränden – braucht es kein Tanklöschfahrzeug. Bereits für jedes Kind ist aber klar, dass eine richtige Feuerwehr Atemschutzgeräte, Tanklöschfahrzeuge und Drehleitern braucht, um im

Notfall Vollbrände von Schulen, Krankenhäusern oder ganzer Ortsteile wirksam bekämpfen zu können. Vergleicht man die Investitionen in eine glaubwürdige Armee mit denjenigen in die Feuerwehr (deren wirklichen Einsatz sich auch niemand wünscht), so ergibt sich ein lamentables Bild: Die Ausrüstung unserer «sicherheitspolitischen Feuerwache» gleicht mittlerweile einem Occasions-Park.

Ein von der Milizkommission des Chefs VBS erstellter Bericht zur «Bedeutung der Armee für die Schweiz»⁴ kommt konsequenterweise zum gleichen Schluss: Die Kosten für die Schweizer Armee liegen im internationalen Vergleich, gemessen am Bruttoinlandprodukt, im unteren Bereich. Zwar erlaubt es die Miliz als Wehrgestalt unserem Lande, die laufenden Kosten in der Grundbereitschaft verhältnismässig niedrig zu halten. Es gibt aber eine Untergrenze bezüglich Finanzierung, die seit Jahren unterschritten wird. Und in ausserordentlichen Lagen würde der Nutzen der Armee «ein Vielfaches der jährlichen Nettokosten» betragen, so hält der Bericht weiter fest. Insgesamt entspricht die Investition in die Sicherheitspolitik und die Armee einer Versicherungsprämie: Der Erhalt einer glaubwürdigen Armee ist eine solche Prämie. Im Hinblick auf mögliche Risiken ist ihre angemessene Höhe auch ökonomisch durchaus legitim.

«Die Versicherungsprämie für eine Armee in Form der jährlich wiederkehrenden Kosten ist eine wichtige Grundlage, um als Nation im Falle ausserordentlicher Gefahren und Bedrohungen ein erhöhtes Mass an Handlungsfähigkeit zu bewahren und um die wertvollen Kapitalstöcke möglichst vor Schäden zu schützen.»

Milizkommission C VBST, Die Bedeutung der Armee für die Schweiz. Eine ganzheitliche volkswirtschaftliche Analyse von Nutzen und Kosten, 2012, S. 67.

3 Szvircev Tresch, Tibor (et al.): Sicherheit 2012. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinung im Trend, Zürich, 2012.

4 Milizkommission C VBS: Die Bedeutung der Armee für die Schweiz. Eine ganzheitliche volkswirtschaftliche Analyse von Nutzen und Kosten, 2012.

2 Finanzielle Aushungerung der Schweizer Armee

2.1 Gegenfinanzierung der Wachstumsbereiche

Die Armee leistete in den letzten beiden Jahrzehnten den grössten finanziellen Beitrag zum Ausgleich des Bundeshaushaltes. Um die explosionsartig wachsenden Ausgaben für den Sozialstaat, den Verkehr, die Subventionen für Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Energieförderung und anderes gegenzufinanzieren hat man dem Bereich Militär beispielsweise von 1998 bis 2005 insgesamt rund CHF 3,5 Mrd. weggenommen.⁵ Die VBS-Bereiche dienten dabei als Steinbruch für die unkontrollierten Wachstumsbereiche des modernen Wohlfahrtsstaates. So gingen beispielsweise beim Verkauf verschiedener VBS-Immobilien aus dem Besitz der Armee jeweils die ersten CHF 25 Mio. an das Finanzdepartement.

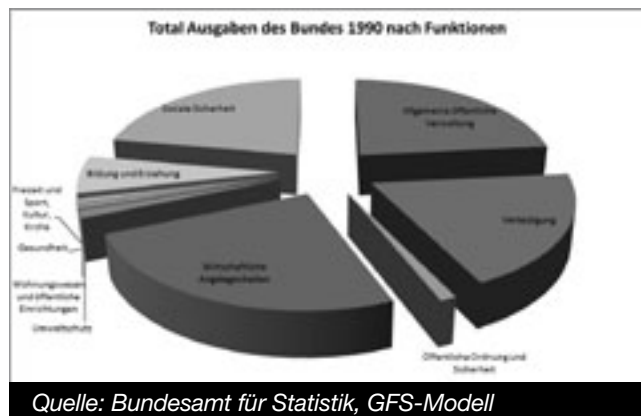
Jahrelang musste die Armee aufgrund der Beschlüsse von Bundesrat und Parlament unverhältniss-

mässig zu den Wachstumsbereichen des Staatshaushaltes beitragen; da ist das politische Aufheulen und die Forderung nach einem «Sparpaket» in Bezug auf die Beschaffung des Tiger-Teilersatzes heuchlerisch und deplatziert: Die 5 Milliarden führen nicht zu Einsparungen in anderen Bereichen, sie bremsen höchstens die Zuwächse anderer Wachstumsbereiche etwas ab.

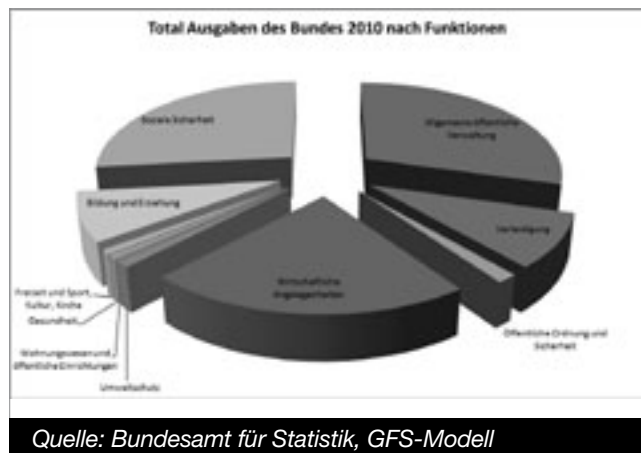
Betrug der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt im Jahr 1990 noch über 19 Prozent, so sind es mittlerweile gerade noch wenig mehr als 7 Prozent.



Quelle: Kirchgässner, Gebhard: Die langfristige Entwicklung der Bundesfinanzen 1960–2002, Universität St. Gallen, Hintergrundpapier zu Teil 3 des Jahresberichts 2004 der Kommission für Konjunkturfragen, 21. Oktober 2004; sowie Bundesfinanzen in Kürze, Ausgaben 2000, 2005 und 2010.



Quelle: Bundesamt für Statistik, GFS-Modell



Quelle: Bundesamt für Statistik, GFS-Modell

5 Vgl. Sicherheitspolitische Information Februar 2010: Gefährliche Unterfinanzierung der Schweizer Armee

2.2 Dauernde Unterfinanzierung mit gravierenden Folgen

Bei den Ausgaben für die Landesverteidigung haben die Realwerte in den letzten 20 Jahren um 40% abgenommen, und zwar von 2% auf 0,8% des Bruttonationalproduktes. Das Konzept der Armee XXI sah ein jährliches Budget von CHF 4,3 Mia. vor. 2003 kostete die Armee CHF 4,6 Mia. (teuerungsbereinigt). Mit dem Entwicklungsschritt 08/11 wurden Einsparungen von CHF 200 Mio. pro Jahr eingeplant, effektiv können gerade einmal CHF 40 Mio. gespart werden. Gleichzeitig ist momentan de facto nur ein nicht ausreichendes Budget von CHF 3,85 Mia. pro Jahr verfügbar. **Dies zeigt, dass Gehalt und Wirkung des ES 08/11 (zu Recht) gescheitert sind und die Armee bereits jetzt unterfinanziert ist.**

Die im Rahmen von sogenannten «Sparbeschlüssen» eingeleiteten Massnahmen führten und führen weiterhin **primär zu einem Investitionsverzicht**. «Die schmerzlichsten Einschnitte musste die Rüstung hinnehmen. Man neigt – nicht nur in der Schweiz – dazu, bei angespannter Finanzlage die langfristigen Investitionen zu vertagen – auf die Gefahr hin, [...] dass gewisse Projekte grundsätzlich aufgegeben werden. So wurden [...] die Investitionen in die Rüstung um real deutlich mehr als 50 Prozent reduziert»⁶, wie Dominique Brunner schon 2003 geschrieben hatte. In verschiedenen kritischen Bereichen unterblieben Investitionen in gut begründeten Erneuerungs- bzw. Erweiterungsbedarf: Dazu gehören Fliegerabwehr, TTE, Datenfunkgeräte für den mobilen Einsatz, Ausbau des FIS Heer, Panzerabwehrwaffen für die Infanterie, Panzerminenwerfer etc. Insgesamt sank der für die Rüstung aufgewendete Betrag von 1998 bis 2010 beispielsweise um 36%⁷, was einen eklatanten Rückgang darstellt.

6 Brunner Dominique: Sicherheitspolitische Information Juni 2003: Kurz-sichtig und potentiell fahrlässig: die schweizerische Verteidigungspolitik seit 1990! Armee vor weiteren drastischen Budgetkürzungen?

7 Vgl. Zeitreihen zum Bundeshaushalt, März 2012.

In der Schweiz herrscht seit mittlerweile bald zwei Jahrzehnten ein enormer Beschaffungsrückstand, da aufgrund der Sparbemühungen eine markante Verschiebung der Rüstungsausgaben zu den Betriebsausgaben besteht. **Generell fehlen der Armee in heutiger Konfiguration seit rund 10 Jahren jeweils über CHF 700 Mio. pro Jahr.** Investitionen mussten massiv verschoben werden, da heute der Anteil der Betriebsausgaben am Budget bei zwei Dritteln liegt. Richtig wäre für die heutige Armee ein Verhältnis von 45% Investition zu 55% Betrieb.

Substanzverluste waren somit und sind weiterhin unausweichlich. Bereits im Zuge der Armee XXI wurde ein Abbau von 2200 Stellen in Angriff genommen. Die Annahmen, man komme mit weniger Personal aus, haben sich nicht bestätigt. 15% der Dienstleistungen von Wehrpflichtigen werden jährlich alleine dazu gebraucht (besser: missbraucht), um die Armee verwaltungsseitig zu betreiben: Instandhaltungsarbeiten in Zeughäusern und AMPs, die eigentlich dem Fachpersonal vorbehalten wären, werden durch Akademiker in Uniform quasi in Fronarbeit erledigt.

2.3 Tiefere Bereitschaft, tieferes Technologieniveau, weniger Sicherheit

Mit dem vom Bundesrat neuerdings vorgegebenen Budget von 4,7 Milliarden Franken für 100 000 Mann müssten, so wird der Chef des Führungsstabs in der NZZ (09.11.2012) zitiert, «einschneidende Anpassungen am Leistungsprofil der Armee vorgenommen werden».

Dies würde unweigerlich bedeuten, dass Hilfeleistungen von Armeemitgliedern zugunsten der zivilen Behörden weiter reduziert und die Einsatzmittel für die Katastrophenhilfe begrenzt werden. Damit wird die Bereitschaft der Truppe reduziert und demzufolge stehen Armeemitglieder im Ernstfall nicht mehr zeitnah zur Verfügung (!).

Die Armee kann mit reduziertem Budget weiterhin nicht vollständig ausgerüstet werden: Schon jetzt verfügen nur einzelne Bataillone über die ihnen laut Ordre de Bataille (OB) zustehenden Schützenpanzer, Waffensysteme und sonstigen Mittel. Von weit grösserem Wehklagen würden wohl der Abbau weiterer militärischer Infrastruktur und die Schliessung von noch mehr Kasernen und Waffenplätzen begleitet werden. Vom begleitenden Personalabbau ganz zu schweigen.

Jahrelange Unterfinanzierung verursachte Mängel bei der Armee, wie zum Beispiel:

- Heute können nur 6 von 20 Infanteriebataillonen mit Radschützenpanzern ausgerüstet werden.
- Weder die Luftwaffe noch die Panzerbrigaden noch die Infanterie verfügen über abgerundete Mittelzusammensetzungen; es fehlen Mittel der Luftaufklärung und des Erdkampfes sowie für die Gefechtsfeldbeweglichkeit.
- Eine unprofessionell gemanagte Logistik, eine allzu grosse Vielfalt in den Führungsunterstützungsmitteln und zusätzliche Ausbildungsbedürfnisse in Schulen führen zu Überbeanspruchung und mangelnder Verfügbarkeit.

2.4 Fähigkeitslücken bedrohen unsere Sicherheit

Wenn Investitionen hinausgeschoben werden oder ganz ausbleiben, entstehen unweigerlich Fähigkeitslücken. Aufgrund des zunehmend komplexer und mannigfaltiger werdenden Umfeldes im 21. Jahrhundert sowie des technischen Fortschritts entwickeln sich die Streitkräfte konstant weiter. Um dem Credo des VBS-Vorstehers der «besten Armee der Welt» gerecht zu werden, müssen laufend die für die Fähigkeiten der Armee kritischen Systeme angeschafft, unterhalten, kampfwertgesteigert und/oder durch eine Nachfolgegeneration ersetzt werden.

Doch aufgrund der dargestellten Unterfinanzierung der Armee erweitern sich schon jetzt Fähigkeitslücken. Eine moderne Armee, die zur Landesverteidigung und zur Unterstützung der zivilen Behörden fähig sein soll, darf gewisse Kernfähigkeiten nicht verlieren, sonst wird sie insgesamt als Instrument untauglich. Wenn Grosssysteme, die über eine enorme Wirkungskraft verfügen, aufgrund der fehlenden Mittel kaum mehr beschafft und unterhalten werden können, fehlt bald die Glaubwürdigkeit des Instrumentes insgesamt: Die Dissuasionswirkung nach aussen geht verloren, die Akzeptanz im Innern ebenso. Besonders anschaulich macht dies das Beispiel Luftraum: Wird der Tiger-Teilersatz (TTE) hinausgezögert oder sogar abgebrochen, würde die Schweiz in einem historischen Präzedenzfall mittelfristig die Fähigkeit, den eigenen Luftraum kontrollieren zu können, verlieren. Wer den Anschluss verpasst, bleibt auf der Strecke.



Quelle: Zeitreihen zum Bundeshaushalt, Eidgenössische Finanzverwaltung EFV, März 2012.

Armeebericht 2010, Kapitel 6.5, Möglichkeiten für finanzielle Einsparungen

1. Verzicht auf flächendeckende Ausrüstung für die Unterstützung der zivilen Behörden
2. Generelle Reduktion/Neuordnung der Unterstützungsleistungen für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten
3. Absenkung von Ausrüstungsstandard und Technologieniveau
4. Verzicht auf den Abbau des aufgelaufenen Sanierungsbedarfs der Immobilien
5. Weiterer Abbau von Standorten und Infrastruktur
6. Weitere Ausserdienststellungen von aufwendigen Systemen
7. Alternative Dienstleistungsmodelle und/oder Reduktion der Anzahl Diensttage
8. Reduktion der Komponente Verteidigung, etwa durch Abschaffung ganzer Waffengattungen
9. Weitere Verringerung des Armeebestandes
10. Ausbau der internationalen Kooperation und Verzicht auf Eigenleistung
11. Verzicht auf den Tiger-Teilersatz



Das Schicksal unvorbereiteter und unterfinanzierter Armeen: brennender irakischer Kampfpanzer T55, An Nu'maniyah, 2003. (Quelle: U.S. Marine Corps)

3 Schlussfolgerungen: Die Politik ist verpflichtet zu handeln!

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Ausgabenplafond von 4,7 Milliarden Franken ist inakzeptabel. Inakzeptabel ist auch das Verhalten der Exekutiven gegenüber der Bundesversammlung, welche als

Volksvertretung über die Budgethoheit verfügt. Unsere Exekutive stellt damit das soeben mit Sicherheitsbericht und Armeebericht politisch bestätigte Leistungsprofil der Armee grundlegend infrage. Die

Fähigkeitsdefizite sind mittlerweile eklatant, eine Schliessung der zahlreichen Lücken würde illusorisch.

Armeen rechtfertigen sich aus ihrer ultimativen Zweckbestimmung und Aufgabe: die staatliche Selbstbehauptung im Konfliktfall. Das weitere Verlagern der Schwergewichte der Fähigkeiten der Armee auf sogenannte wahrscheinliche Aufgaben eines nationalen Verbundes der Friedens-, Existenz- und Raumsicherung gefährdet die verfassungsmässige Uraufgabe. Da ändern auch (die real gar nicht existierenden) «Aufwuchskonzepte» nichts. Die begrenzte industrielle und finanzielle Basis (auch in Zukunft) sowie die laufend schwindende strategische Führungsqualität verhindern, dass für reale Aufwuchskonzepte ausreichende Grundlagen vorhanden sind. Und wie sollen Behörden wie der aktuelle Bundesrat, der nicht einmal die laufenden Herausforderungen adäquat bewältigt, rechtzeitig erkennen, wann ein solcher Aufwuchs in die Wege zu leiten wäre?

Unsere staatsleitenden Behörden Bundesversammlung und Bundesrat sind verpflichtet, für die Erfüllung der verfassungsmässig und gesetzlich fixierten Staatsaufgaben ausreichende Mittel bereitzustellen. Alleine die Fähigkeit zur angemessenen Aufgabenerfüllung im Rahmen künftiger Konfliktformen gemäss Sicherheitsbericht und Bundesverfassung muss die Ausgestaltung der Mittel der Streitkräfte bestimmen. Niemand kann und wird jemals dazu fähig sein, Form und Zeitpunkt einer nächsten kriegerischen Auseinandersetzung exakt vorherzusagen. Deshalb ist der schlimmstmögliche Fall – gewaltsame Verletzung unseres Territoriums durch fremde (Streit-)Kräfte – Basis für die Konfiguration der Instrumente. Im Rahmen von Wehrpflicht, Milizarmee und glaubwürdiger Ausrüstung sind dazu jährlich 5 Milliarden Franken nachweislich unabdingbar.

Eine weitere Verknappung der Finanzen würde die Aufgabenerfüllung im Bereiche der Sicherheitspolitik infrage stellen oder eine fundamentale Neuausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik mit markant stärkerer internationaler Abhängigkeit und tieferer eigenständiger Leistungsfähigkeit notwendig machen.

15 Jahre Mahnrufe für eine fähigkeitsorientierte Armeefinanzierung:

- Sicherheitspolitische Information Februar 2010: Gefährliche Unterfinanzierung der Schweizer Armee; Zahlen, Fakten und ein «Ordnungsruf» zur aktuellen sicherheitspolitischen Debatte.
- Sicherheitspolitische Information Januar 2007: Was darf Sicherheit kosten?
- Sicherheitspolitische Information September 2005: Welche Armee zu welchem Preis? Offene Fragen und Thesen zu den Beschlüssen des Bundesrates vom 11. Mai 2005; Vorschläge für die längerfristige Weiterentwicklung der Armee.
- Sicherheitspolitische Information Juni 2003: Kurzsichtig und potentiell fahrlässig: die schweizerische Verteidigungspolitik seit 1990! Armee vor weiteren drastischen Budgetkürzungen?
- Sicherheitspolitische Information, Juni 2002: Fragwürdiges Hüst und Hot beim Militärbudget.
- Militärpolitische Information, Dezember 1999: Halbierte Armee-Finanzen – halbierte Sicherheit; Argumente gegen die Halbierungsinitiative (Umverteilungsinitiative).
- Militärpolitische Information, August 1998: Welche Armee zu welchem Preis? Varianten einer künftigen Schweizer Armee.



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk, Werk und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.vsww.ch), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

Unsere Publikationen

Finden Sie unter: www.vsww.ch

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,
Postfach 65, 8024 Zürich

Internet: www.vsww.ch

Telefon: 044266 67 67 oder Fax: 044266 67 00

Postkonto 80-500-4, Credit Suisse Zürich,
Konto-Nr. 468809-01

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!